

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 11

Artikel: Erfahrungen aus den Basler Wahlkämpfen
Autor: Weber, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

20. JAHRGANG — JULI 1941 — HEFT 11

Erfahrungen aus den Basler Wahlkämpfen

Von Ernst Weber.

Basel hat drei schwere Wahlkämpfe hinter sich. Über die Erfahrungen im «Kampf um Basel» — wie die Gesamterneuerung von Regierung und kantonalem Parlament am 9. März 1941 genannt wurde — berichteten wir in der April/Mai-Nummer der «Roten Revue». In diesem Ringen war etwas Neues in Erscheinung getreten: die Propaganda- und Kampfmethoden des Landesringes und dessen Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft. Man erinnert sich daran, wie Duttweiler und seine Basler Parteigänger sich mühten, eine Angriffssphalanx aus allen «nicht-sozialistischen» Gruppen zu bilden. Die alten bürgerlichen Parteien ließen sich darauf nicht ein, weil sie von vornherein überzeugt waren, die Regierungsmehrheit nicht brechen zu können. Die Anstrengungen des Landesringes, in die Reihen der Arbeiterschaft einzubrechen, hatten nur bei den ehemaligen kommunistischen Wählern einigen Erfolg. Die Sozialdemokraten aber hielten prachtvoll stand. Im Großen Rat errangen wir vier Mandate mehr als 1938. Politisch war von größter Bedeutung, daß neben der verstärkten parlamentarischen Vertretung die *rote Regierungsmehrheit* eine klare Vertrauenskundgebung der Stimmberechtigten quittieren konnte. Rund 13 000 legten sozialdemokratische Parteilisten ein, und unsere Regierungsvertreter Brechbühl, Ebi, Hauser, Wenk wurden mit 18 000 bis 20 000 Stimmen glänzend im Amt bestätigt. Die drei bürgerlichen Regierungsräte blieben mit 15 000 bis 16 000 Stimmen unter dem absoluten Mehr. Der Sprengkandidat des Landesringes kam nur auf 10 000 Stimmen und verzichtete darauf, im zweiten Wahlgang den Kampf gegen einen der liberalen Vertreter aufzunehmen. Dieser Verzicht war mit den halben und ganzen Geständnissen der bürgerlichen Presse der eindeutige Beweis für die politischen Pläne Duttweilers:

Kampf gegen die Sozialdemokraten — Verständigung mit den bürgerlichen Parteien!

Am 26. März wurde Genosse Dr. Fritz Hauser vom Tod viel zu früh aus seinem Werk herausgerissen. Basel war sich der Größe des Verlustes bewußt. Ehrfürchtige Trauer erfüllte die Rheinstadt. Dem Toten zollte jeder die rückhaltlose Anerkennung als Persönlichkeit von über-

ragendem Format, als schöpferischem Staatsmann und Politiker. Dabei sind es nur wenige Jahre her, daß die führenden bürgerlichen Politiker diesen Mann aus der Regierung stoßen wollten. Es war einer der Versuche, der Arbeiterbewegung die besten Köpfe durch persönliche Befehdung zu rauben. Aber gerade dieser Angriff führte zum Großkampf des Jahres 1935 und zur Erringung der roten Mehrheit. Und diese bot gerade Fritz Hauser die Gelegenheit, seine staatsmännischen Fähigkeiten zur Geltung zu bringen. Er wird nicht nur als großer Schulmann, sondern auch als initiativer, führender Kopf der roten Regierungsmehrheit der Jahre 1935 bis 1941 in die Geschichte eingehen. Als Chef des Erziehungsdepartements hat er für die Schule, die Universität und das gesamte kulturelle Leben Basels unvergängliche Werke geschaffen. Ihnen sind auch die gewaltigen Leistungen zur Überwindung der Krise und für den sozialen, demokratischen Aufbau in den vergangenen sechs Jahren als ebenbürtig an die Seite zu stellen. Es war die Anerkennung dieser konstruktiven Politik der Basler Sozialdemokraten, die zum Volksentscheid vom 9. März führte. Nur so läßt sich erklären, warum unsere Vertreter in der Regierung aus politisch bürgerlich orientierten Schichten einen Zuwachs bis zu 7000 Stimmen erhielten.

Dieser Volksentscheid berechtigte unsere Partei zur Erklärung: die Mehrheit, welche am 9. März eine derartige Vertrauenskundgebung durch die Stimmberechtigten erhielt, muß erhalten bleiben, damit der soziale Kurs Basels eingehalten werden kann.

Es galt, einen Mann als Nachfolger Dr. Fritz Hausers in Vorschlag zu bringen, der dessen großartige Arbeit im Erziehungsdepartement weiterzuführen befähigt ist. Glücklicherweise stand uns Genosse Dr. *Carl Miville* zur Verfügung. Als Gerichtspräsident, als Mitglied des Großen Rates, des engern Bürgerrates und Präsident des staatlichen Einigungsamtes hatte er seine Qualitäten unter Beweis gestellt. Als Präsident einer Schulinspektion, Mitglied des Erziehungsrates und der Kuratel der Universität war er mit der Schule und den Intentionen Hausers vollkommen vertraut. In der Arbeiterbewegung hatte er sich durch überzeugende Leistungen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Art ausgewiesen. Wir halten diese Details fest, um klarzumachen, daß der so beliebte Einwand der Bürgerlichen, wir hätten keine «geeigneten» Kandidaten zu präsentieren, diesmal nicht spielen konnte. Es darf registriert werden, daß in den anschließenden hitzigen Wahlkämpfen die Persönlichkeit Mivilles und seine Eignung als Regierungsrat auch nicht im geringsten angefochten wurde – eine wirklich einmalige Erscheinung.

Weder diese hervorragende Kandidatur noch der eindeutige Volksentscheid vom 9. März hinderten die bürgerlichen Parteien, den überflüssigen und erfolglosen Wahlkampf zu entfesseln. Schon am 1. April meldete der *Landesring*, daß er den frei gewordenen Regierungssitz beanspruche. Sofort sekundierten die *Liberalen*. Ihnen erschien der Tod Hausers beinahe als höhere Fügung. Sie meinten, es müsse sicher gelingen, Basel wieder eine bürgerliche Regierungsmehrheit zu geben. Sie redeten den alten Parteien zu, den Sitz der Partei Duttweilers zu

überlassen. Aber so krampfhaft sich die Liberalen um das Erstehen einer neuen Regierungskoalition mühten und die Landesringler nach einem Kandidaten von Format suchten – es kam in langen, dreiwöchigen Verhandlungen nichts heraus. In ganz Basel war kein geeigneter Einheitskandidat aufzutreiben. Die Radikalen entschieden das Markten, indem sie ihren Parteipräsidenten, Dr. E. Dietschi, Handelsredaktor der «Nationalzeitung», als Kandidaten proklamierten und von den übrigen Gruppen forderten, sie sollten ihn als «überparteiliche» Nomination anerkennen. Der Auserkorene ist zwar Oberst und hat sich im öffentlichen Leben Verdienste erworben, konnte aber weder die enttäuschten Katholiken für sich gewinnen noch die Leute Duttweilers davon abhalten, eine eigene Kandidatur namhaft zu machen. Ihr Auserwählter war Dr. Jack Thommen, Lehrer an der Schule des Kaufmännischen Vereins.

Die «neue Mehrheit», welche nach dem Willen Duttweilers und der alten bürgerlichen Parteien – in diesem Punkte waren sich alle einig – den Sozialdemokraten die Führung unseres Stadtkantons entreißen sollte, war gespalten, bevor sie nur funktionieren konnte. Das ist nicht nur der Zufälligkeit zuzuschreiben, daß sich kein überragender Mann als Einheitskandidat finden ließ. Es fehlt dieser Koalition an einer einigenden, leitenden Idee. Die gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokratie ist noch kein Ersatz für diesen Mangel. Einzig der großbürgerliche Flügel, die Liberalen, besitzt ein *konkretes Programm* für eine Neuorientierung der Basler Politik: Reduktion der Aktivität des Staates in der Arbeitsbeschaffung und in der sozialen Hilfe. Durch Beseitigung der außerordentlichen Steuern (Krisenopfer des Kapitals und Steuerzuschläge) soll die besitzende Klasse eine Entlastung erfahren. Dem gleichen Zweck soll die Änderung des vorbildlichen sozialen Steuergesetzes dienen. Die hohen steuerfreien Minima (bis zu Fr. 3599.—) haben bei den großen Einkommen eine scharfe Progression zur Folge. Diese Schonung der Kleinverdiener ist den Liberalen heute ein widriger Stachel im Fleisch.

Die andern bürgerlichen Parteien leisten einer solchen politischen Konzeption nur widerstrebend Gefolgschaft. Von den Radikalen bis zur Bürger- und Gewerbestadt ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Wirtschaft Basels durch die soziale und wirtschaftspolitische Tätigkeit der Regierung befruchtet und schwere Spannungen beseitigt wurden. Darum versicherten die Radikalen im Wahlkampf unermüdlich, es sei nicht ihre Absicht, das Steuer herumzureißen. Die Propaganda für Dietschi beschränkte sich auf die dürftigen Argumente, die Sozialdemokraten hätten keinen Anspruch auf die Mehrheit, da sie im Parlament in Minderheit seien. Die Radikalen reklamierten zudem ihren Anteil an der erfolgreichen Arbeit der letzten sechs Jahre, die sie als «schöne Früchte einer fruchtbaren Zusammenarbeit» bezeichneten. Gerade die Tatsache, daß die rote Mehrheit die Minderheiten nie willkürlich mißachtete und sie zur Mitarbeit heranzog, schuf eine Vertrauensbasis im Volk – eine Atmosphäre, die sich wohltuend unterscheidet von jener im Bund und in Genf.

Das Wohlwollen der Liberalen gegenüber dem Landesring stützt

sich darauf, daß Duttweiler die manchesterlich-liberale Opposition gegen den verzerrten Liberalismus des herrschenden Freisinns darstellt. Er bekämpft zwar das «Trustkapital». Tröstlich für das Großbürgertum ist dabei aber, daß er keine Änderung des Systems will, sondern lediglich sogenannte «Auswüchse» des Kapitalismus beseitigen möchte. Auch seine «genössische Idee» braucht die hochkapitalistischen Kreise nicht zu beunruhigen. Bei der reklamemäßig groß aufgezogenen Umwandlung der Migros-AG. in eine Genossenschaft proklamierte er nämlich, daß deren Leiter mit unbeschränkten Vollmachten ausgerüstet werden, so daß die Genossenschafter ihnen während einer vierjährigen Amtsdauer nicht «dreinreden» können – Genossenschaft mit Führerprinzip! Duttweiler spielt die Rolle des Freundes der einfachsten proletarischen Schichten. Er rät ihnen aber ab vom bewußten Kampf für ihre Interessen und spiegelt ihnen als Allheilmittel die Senkung der Preise vor. Diese Gedankengänge sind den großkapitalistischen Liberalen nicht nur sympathisch – sie entsprechen hundertprozentig ihrer eigenen Konzeption. Duttweiler besorgte ihre Geschäfte, als er im Bund für den schärfsten Lohnabbau stimmte, indem er in seiner «Tat» die Parolen des Bundes der Subventionslosen aufnimmt. Auf den gemeinsamen wirtschaftlichen Anschauungen beruht die politische Verbundenheit der Liberalen mit Duttweiler. Ein tragbarer Kandidat Duttweilers wäre ihnen lieber gewesen als die Unterstützung Dietschis. Diesmal ging es ihnen aber vor allem darum, die alte Bindung der Radikalen nicht zerbrechen zu lassen.

Nachdem die Einigung der sogenannten «nichtsozialistischen» Parteien mißlungen war und die Radikalen wie der Landesring je einen Kandidaten präsentierten, war die Nachfolge für den Genossen Hauser praktisch entschieden. Nicht allein wegen der Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen. Viel wichtiger war die Tatsache, daß jeder einsichtige Bürger erkennen mußte, daß die innere Uneinigkeit der bürgerlichen Gruppen eine zielbewußte Führung der Regierung verunmöglichen würde. Die stetigen Versicherungen der bürgerlichen Anwärter, daß sie die «großen Werke der Sozialdemokraten nicht antasten lassen würden» und nicht daran denken, den sozialen Kurs der roten Mehrheit zu brechen, gab dem Großteil der Stimmberechtigten die Überzeugung, daß Basel am besten weiterhin von der bisherigen, arbeitsfähigen und entschlußkräftigen Mehrheit regiert werde. Es bestand einzig die Gefahr, daß die Meinung überhandnahm, es sei nicht notwendig, zur Urne zu gehen, da die Wahlentscheidung schon von vornherein feststehe. Das erklärt auch zum Teil den Rückgang der Stimmbeteiligung von 67 Prozent am 9. März 1941 auf 54 Prozent am 18. Mai und 52 Prozent am 8. Juni. Im zweiten Wahlgang, wo das relative Mehr entschied, vermochte Miville seine Stimmenzahl um 700 zu steigern, trotz dem Rückgang der Beteiligung, während Dietschi und Thommen je 700 Stimmen einbüßten. Miville wurde mit 12 810 Stimmen gewählt – Dietschi kam auf 7764 und Thommen auf 6442. Dieser Sieg ist eindeutig. Bedauerlich ist einzig, daß bei einer politischen Entscheidung von derartiger Tragweite wenig mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zum Urnengang bewegt werden konnte. Es ist nur ein schwacher Trost, daß für manche

der Ausgang des Kampfes schon klar stand. Die Kommunisten gaben wiederum die Parole aus, keinem Sozialdemokraten, sondern Karl Hofmaier die Stimme zu geben. Ganze 180 solcher Zettel wurden eingereicht.

Duttweiler hat die gleichen *Wahlmethoden* angewandt wie im März. Erneut setzte er eine Masse Geld und sich selbst ein. Basel erlebte eine neue Flut von Flugschriften, Plakaten und Versammlungen. Er spielte sich wieder als der Mann der politischen Sauberkeit auf. Dabei scheute er nicht vor Beschimpfungen und Verdrehungen zurück. Perfide stellte er Grimm in eine Linie mit Roman Abt und Dr. L. F. Meyer. Wieder stellte er sich als der ehrliche Verfechter der proletarischen Interessen vor – er, der während Wochen ein Wahlbündnis mit den hochkapitalistischen Liberalen gesucht hatte. Wieder beschimpfte er die Gewerkschaften als «verchaufte». Sie hätten mit den Sozialdemokraten die Schuld an der Senkung des Reallohnes, weil sie ihn nicht bei der Rettung der schweizerischen Volkswirtschaft unterstützten. Es verdient festgenagelt zu werden, wie Genosse Gustav Wenk diese lächerliche Überhebung in öffentlicher Versammlung abtat. Einmal stellte er fest, daß ausgerechnet die *Migros-AG.* ihre Vorräte in die Innerschweiz *flüchtete*, als es in Basel brenzlich schien. Und es war ausgerechnet Duttweiler, der es an jeder Voraussicht mangeln ließ, als im Nationalrat das Bundesgesetz über die Landesversorgung beraten wurde, wie das stenographische Bulletin vom 22. Dezember 1937 verrät:

«In meinem Antrag zu Alinea 1 suche ich den Zwang zu vermeiden, wonach die privaten Unternehmungen Waren einlagern müssen. In den Jahren 1914 bis 1918 ist der Bundesrat auf Grund der damaligen Vollmachten nie so weit gegangen, daß er die privaten Unternehmungen zu einer Lagerhaltung verpflichtet hätte. Damals war die Kriegsgefahr zeitweise unmittelbar. Ich bin der Auffassung, daß diese Bestimmung für ein Bundesgesetz, das ja nicht nur für die momentane Lage geschaffen wird, viel zu allgemein ist. Will der Bund zur Lagerhaltung verpflichten, so muß er auch das entsprechende Preisrisiko und, falls die betreffende Unternehmung nicht finanzkräftig ist, auch die Finanzierung übernehmen . . .

Ich erwähne zwischenhinein nochmals, daß der Bund, die Kantone und die Gemeinden schließlich von sich aus Lager anlegen können. Das ist ja übrigens vorgesehen, aber *nicht* zu empfehlen.»

Glücklicherweise wurden die Lager – entgegen den Ratschlägen Duttweilers – rechtzeitig angelegt, sonst wäre das Preisniveau heute schon längst viel höher.

Absolut neuartig – für Basel und die Schweiz – war in den Wahlkämpfen vom Mai und Juni die hemmungslose Propaganda für den Landesringkandidaten. Um einen Begriff von der grenzenlosen «Selbstbeweihräucherung» Thommens zu geben (ein Ausdruck, den das katholische «Volksblatt» prägte, obschon es ihn wiederholt empfahl), müssen wir dem Leser einige wenige Stichproben aus dieser Reklame vorsetzen.

«Pestalozzi der Gegenwart» ließ er sich in einer der ersten Versammlungen widerspruchslos nennen. Ebenso gelassen nahm er hin, daß ihn ein anderer Anhänger als den Repräsentanten der «fünf großen K – Kunst, Kraft, Kühnheit, Keuschheit, Kenntnisse» vorstellte. Plakatiert war eine Riesenphotographie Thommens mit dem Motto: «Politik des Herzens – mit Thommen». In einer Sondernummer der «Tat» wurde er als der große Kulturträger Basels gefeiert, zusammen mit Wettstein, Erasmus von Rotterdam, Böcklin, Jakob Burckhardt! Thommen brachte es im zweiten Wahlgang fertig, den Duft dieses Eigenlobes noch zu verdichten. Da hieß es in einer neuen Sondernummer der «Tat» u. a.: «Thommen braucht kein Programm – Thommen *ist* ein Programm» – «... ein ganzer Meister der Schule!» – «Champion der Stillen im Lande...» – «Basels Frauen hoffen auf Thommen, denn er wird für den Familientisch sorgen...» – Ein Gedicht mit dem Titel «Dr. Jakob Thommen» beginnt: «Wer so wie Goethe als Jurist begonnen...» – Ein anderes schließt: «..., wählt alli nur dr Thomme, denn dr Thomme isch vollkomme!» Der Gegner wurde verhöhnt und beschimpft: «Hampelmänner – Figur im Niedergang – Esel – Leithammel.» Wenn man Thommen hörte, war nur er ein Mann mit Herz. Die andern sind «abgebrühte Routiniers».

Das Krasseste an dieser Wahlmache war der *Mißbrauch der Jugend*. Thommen, der sich schon mit allem möglichen beschäftigte, entdeckte im 40. Altersjahr sein Herz für die Politik, nachdem er früher für die öffentlichen Angelegenheiten kein Interesse hatte. Nachdem er vom Landesring in letzter Minute als Verlegenheitskandidat erkoren worden war, nützte er die Sympathie, die er sich als Lehrer erworben hat, hemmungslos aus. Ein Verein «Freie Basler Jugend» wurde gegründet, der sich mit einem, einer bessern Sache würdigen Elan für die Wahl Thommens einsetzte. Von Versammlung zu Versammlung begleiteten ihn diese Jugendlichen. Jedesmal, wenn er, der Leiter von Rednerkursen, der Theaterspiel und ähnliche Dinge routiniert beherrscht, dramatisch seine Arme mit napoleonischer Gebärde verschränkte oder mit der Hand an die Brust klopfte oder eine Kunstpause einschaltete, dann klatschten diese jungen Menschen frenetisch Beifall. Ganz egal, was er gerade erzählte. Als wir diese Methode, leicht zu begeisternde Jugendliche in reinem Personenkult zu fanatisieren – Thommen brachte es fertig, in einem einstündigen Vortrag nur von sich zu reden –, mit aller Schärfe geißelten, meinte Duttweiler, wir hätten Angst vor der Jugend. Nein! Uns erscheint es nur *gefährlich*, wenn es ein Scharlatan fertig bringt, junge Menschen in eine Führerbegeisterung hineinzujagen, ohne daß sie auch nur eine Ahnung haben, wo der Weg hinführt. Uns wird es freuen, wenn sie sich mit Problemen des öffentlichen Lebens beschäftigen. Wir schämen uns aber für eine Schweizerjugend, die besinnungslos einem Mann zujubelt, der sich selbst verherrlicht, die Hurra brüllt, wenn der Name des Landesobmannes fällt und den Gegner niederzuheulen versucht, ohne ihn nur anzuhören.

Abschließend sei festgehalten, daß die unerhört demagogische Reklame bei den Stimmberechtigten nicht verfiel. Diese Hemmungslosigkeit

keit war es letztendlich, die den bürgerlichen Gruppen nach dem ersten Wahlgang eine Einigung verunmöglichte. Duttweiler sprach im Kommentar zum 8. Juni davon, daß eine stillschweigende Wahlunion zwischen den Sozialdemokraten und den Radikalen bestanden habe. Das ist Unsinn.

Andere Kommentare versuchten das Wahlergebnis auf den Nenner zu bringen: «Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte.» Wie wenig zutreffend dies ist, beweist die Befragung der Stimmberechtigten nach dem System Gallups, worüber wir schon nach den Märzahlen berichteten. Die Erhebungen vor dem 18. Mai und dem 8. Juni ergaben Resultate, die verblüffend präzise mit dem Wahlergebnis übereinstimmten. Eine Befragung für den Fall, daß Dr. Dietschi oder Dr. Thommen aus dem Wahlkampf zurückgezogen würde, ergab, daß Miville doch gewählt worden wäre – im ersten Fall mit 67 Prozent und im zweiten mit 59 Prozent der abgegebenen Stimmen. Es wird sich lohnen, später auf diese Erhebungen zurückzukommen.

Eine letzte kurze Bemerkung sei dem Wahlkampf im *Kanton Basel-land* gewidmet, der am 25. Mai abgeschlossen wurde. Die fünf Regierungsräte waren unbestritten. Der Landesring eroberte in einem ersten Anlauf 14 Sitze im Landrat. Es war aber lediglich ein *Einbruch in die bürgerlichen Parteien*. In einem einzigen Wahlkreis erlitten die Sozialdemokraten einen geringfügigen Stimmenrückgang, der den Verlust eines Mandates zur Folge hatte. Diesmal triumphierte Duttweiler über die Schlappe der Bürgerlichen – nur war er diesmal nicht in der Lage, sich als der erfolgreiche Bekämpfer der Sozialdemokraten vorzustellen. Dabei hatte er auch im Baselbiet wie wild gegen uns und die Gewerkschaften losgelegt. Der Einbruch bei der organisierten Arbeiterschaft und ihren Wählern ist mißlungen. Der Erfolg der ebenfalls mit riesigen Geldmitteln und hemmungslosen Versprechen dotierten Wahlreklame bei den *Mittelschichten* der Landschaft mahnt trotzdem zum Aufsehen. Wir wissen, wie anderswo diese Kreise in den Bann von Bewegungen gerieten, die erst nach der völligen Aushöhlung des Bürgertums ihr wahres Gesicht zeigten. Es gilt daher, nicht nur negativ das Gefährliche solcher Methoden nachzuweisen, sondern aktiv bei jenen Schichten zu werben, die heute keinen Ausweg mehr sehen und politisch wenig oder gar nicht geschult sind. Um zu verhindern, daß sie ganz oder halb autoritären Bewegungen verfallen, müssen wir ihnen die Möglichkeit von demokratischen Lösungen zeigen – den Weg über den Plan der Arbeit zum Sozialismus.
